

Wohin mit Kriegsgegnern?

15000 Polizisten sollen NATO-Jubiläumsgipfel in Strasbourg, Baden-Baden und Kehl abschirmen. Tausende Aktivisten in Protestcamps erwartet

Von Claudia Wangerin

Der NATO-Gipfel zum 60. Geburtstag des Militärbündnisses rückt näher. Die Vorbereitungen für das Großereignis laufen sowohl bei den Veranstaltern als auch bei den Gegnern auf Hochtouren. Am 3. und 4. April wollen sich die Staats- und Regierungschefs der 26 NATO-Mitgliedsstaaten sowie deren Verteidigungs- und Außenminister in Strasbourg, Baden-Baden und Kehl selbst feiern. Kriegsgegner haben nun drei Monate vor dem Treffen entschlossene Aktionen angekündigt. »Wir wollen nicht nur unseren Protest ausdrücken. Wir wollen ganz klar dieses Treffen verhindern«, sagte ein Sprecher des regionalen Aktionsbündnisses »resistance des deux rives« (Widerstand der zwei Ufer) am Freitag in Offenburg. Das Bündnis denkt dabei an verschiedene Möglichkeiten des zivilen Ungehorsams, gewürzt mit einer Portion Satire. Ein Rezept, mit dem die globalisierungskritische Bewegung bei den Protesten gegen den G-8-Gipfel 2007 in Heiligendamm einen Achtungserfolg erzielte.

Die NATO-Gegner am Rhein hoffen auf bis zu 15 000 Demonstranten aus ganz Europa. Sie fordern unter anderem die Schließung aller ausländischen Militärstützpunkte, lehnen einen neuen Rüstungswettlauf und Atomwaffen ab – sowie »sämtliche Strukturen, die für militärische Interventionen genutzt werden«, wie es in ihrem Aufruf heißt.

Die genauen Veranstaltungsorte für die NATO-Jubiläumsfeierlichkeiten wurden allerdings noch nicht bekanntgegeben, was den Gegnern die Planung der Protestaktionen erschwert. 5000 Teilnehmer werden sich nach Schätzung der Organisatoren für mehrere Tage in Protestcamps einfinden. Für die Polizei riecht eine solche Menschenmasse nach Ärger; sie möchte deshalb die Teilnehmerzahl in den Camps auf jeweils 1000 begrenzen. Dies hätte aber zur Folge, daß die Gipfelgegner im Ernstfall fünf Zeltlager errichten müßten, damit die Unterbringung der Aktivisten gewährleistet ist. »Ein derartiger logistischer und finanzieller Aufwand für die Erstellung der Infrastruktur der Camps ist für uns nicht tragbar«, sagte Gerd Hilger vom Aktionsbündnis. Auf deutscher Seite habe man nur Kapazitäten für ein Camp und rechne mit über 2000 Teilnehmern. Und die Polizei habe das genau genommen auch gar nicht zu entscheiden.

Die Informationspolitik der Behörden wird von den Kriegsgegnern vor Ort schon lange kritisiert. Als Standort für ein Protestcamp wurde ihnen Achern vorgeschlagen, das fernab zwischen Kehl und Baden-Baden liegt. In den beiden Gipfelstädten auf deutscher Seite sollen zum Schutz des NATO-Gipfels 15 000 Polizisten stationiert werden. Die Kriegsgegner bleiben allerdings hartnäckig, um in räumlicher Nähe zum Geschehen demonstrieren zu können. Am kommenden Dienstag soll ein Kooperationsgespräch im zuständigen Regierungspräsidium in Karlsruhe stattfinden. Für das Protestcamp auf deutscher Seite hat

das Bündnis zwei geeignete Plätze in Kehl zur Auswahl vorgeschlagen – einen in der Nähe des Hafens und einen auf dem Gelände der Fachhochschule. Eine Antwort steht noch aus.